



Marco Lennertz

Fraktionsvorsitzender im Stadtrat der Stadt
Billerbeck

Telefon: 02543 361 08 55

Fax: 02543 361 08 55

E-Mail: marcolennertz@web.de

Billerbeck, den 13.12.2022

Haushaltsrede zum Haushalt 2023

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit dem 24. Februar 2022 leben wir in einer anderen Welt. Es herrscht ein brutaler, völkerrechtswidriger, menschenverachtender Angriffskrieg der russischen Föderation gegen die Ukraine. Unzähliges Leid wurde ausgelöst und Menschen zur Flucht gezwungen. Der Wahnsinn des Krieges findet ganz in unserer Nähe statt. Er findet hier mitten in Europa statt. Ein Krieg an der Außengrenze der Europäischen Union. Wir stellen fest, dass für dieses Blutvergießen, dieses Leid kein anderer als der russische Präsident, Wladimir Putin, höchstpersönlich verantwortlich ist.

Als CDU-Ratsfraktion verabscheuen wir die Gewalt und stehen solidarisch an der Seite der Ukraine.

Unser Bundeskanzler sprach in diesem Zusammenhang gar von einer Zeitenwende. Und ja, Zeitenwende, das passt. Wir leben in einer Welt, in der nichts mehr so ist wie es war. War es für uns doch bis dahin allzu selbstverständlich, dass der Strom aus der Steckdose kommt, stehen wir nun ausgelöst durch den Angriffskrieg inmitten einer Energiekrise.

So waren auch wir in Billerbeck gezwungen Einsparungen vorzunehmen und auf das Öffnen unseres Lehrschwimmbeckens zunächst zu verzichten. Mehrheitlich haben wir die Verantwortung übernommen, um den Gasverbrauch zu reduzieren und einen solidarischen Beitrag für die Allgemeinheit zu leisten. Zusammen haben wir beschlossen, das Lehrschwimmbecken so lange nicht zu öffnen, bis sich die

Gasmangellage entspannt und es absehbar wird, dass eine Öffnung vertretbar ist. An der Stelle will ich noch einmal deutlich formulieren, dass der Verzicht auf die Öffnung keinen finanziellen Hintergrund hatte, einzig mit dem effektiven Einsparen von fossilen Energien verbunden ist.

Bedingt durch Krieg und den Krisen in der Welt sind immer mehr Menschen auf der Flucht vor Gewalt, Hunger und Ausbeutung. Wir möchten uns an der Stelle bei unserer Stadtgesellschaft bedanken, die sich vor allem seit dem Kriegsbeginn in der Ukraine für die Menschen eingesetzt und teils ihre eigenen vier Wände zur Verfügung gestellt haben. Nur durch das aktive Helfen der Bevölkerung war es möglich vor allem Frauen und Kinder aufzunehmen.

Damit sind die Auswirkungen des brutalen Angriffskrieges auch in Billerbeck spürbar und spiegelt den Druck der Kommunen und zusätzliche Herausforderungen für die Zukunft wider. Durch die zunehmende Aggressivität und Brutalität der russischen Föderation gegenüber der Ukraine wird sich die Flüchtlingssituation weiter zuspitzen und uns vor weitere Herausforderungen stellen.

Für uns ist wichtig, dass wir die Themen der Zukunft gemeinschaftlich angehen und zusammen über alle Parteigrenzen hinweg lösen. Es ist unsere Aufgabe einen Beitrag zur Bewältigung der Krisen zu leisten und den Ausbau erneuerbarer Energien zu forcieren und voranzutreiben. Wir sind dafür, dass wir mehr Windenergie ermöglichen, wünschen uns dabei eine breite Beteiligung der betroffenen Anlieger mit einer fairen Beteiligung am Ertrag. Reine Investorenmodelle und eine Verspargelung der Landschaft lehnen wir ab. Wir bekennen uns ausdrücklich zum Ausbau der regenerativen Energien auf städtischem Gebiet und setzen dabei auf eine Mischung aller Instrumente. Für uns ist wichtig, dass wir neben der Windkraft auch die Potenziale der Sonnenenergie nutzen. Wind und Sonnenenergie müssen so gespeichert werden können, dass sie grundlastfähig sind. Bis dahin müssen wir alle Ressourcen der Energiegewinnung ausschöpfen, um unsere Wirtschaftskraft zu erhalten und zu stärken. Wirtschafts-, Klima- und Energiepolitik müssen zusammenwirken und dürfen sich nicht ausschließen.

Nur mit einer stabilen Wirtschaft lassen sich die Krisen bewältigen. Daher werden wir uns auch in Zukunft für die Interessen unserer ansässigen Unternehmen einsetzen. Uns ist wichtig, dass wir Arbeitsplätze vor Ort erhalten und langfristig sichern. Es muss unser aller Ziel auf allen politischen Ebenen sein, die Bürokratie drastisch zu reduzieren, den Ausbau der Digitalisierung und vor allem etwaige Genehmigungsverfahren zu beschleunigen.

Wir leben in einem Zeitalter der multiplen Krisen, und ich möchte es deutlich auf den Punkt bringen, wir alle als politische Vertreterinnen und Vertreter im Stadtrat unserer wunderschönen Stadt Billerbeck, haben seit Beginn der Wahlperiode noch kein Jahr ohne Krise erlebt. Unser politisches Handeln steht im Zentrum der Krisenbewältigung. Neben der bestehenden Klimakrise mussten wir in den vergangenen Jahren die Auswirkungen der Corona-Pandemie bewältigen und nun stehen wir im Zentrum eines Krieges, der uns ebenfalls an die Belastungsgrenze bringt.

So bemerken wir die Auswirkungen seit einigen Jahren auch im Haushalt unserer Stadt. Bereits für den Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2020 ist uns die Möglichkeit eröffnet worden, die pandemiebedingten Mehraufwendungen und Mindererträge zu isolieren und als sogenannte Bilanzierungshilfe im Jahresabschluss anzusetzen. Insgesamt haben wir bis heute eine Mehrbelastung von ca. 4,9 Mio. € ausgewiesen davon wurden für das Jahr 2021 ca. 1,3 Mio. € bilanziert. Bedingt durch die Flüchtlingswelle aus der Ukraine werden nun auch sogenannte kriegsbedingte Belastungen ausgewiesen und isoliert. Im Plan weisen wir einen Wert für die nächsten vier Jahre von ca. 2,9 Mio. € aus. Addieren wir die ausgewiesenen pandemie- und kriegsbedingten Belastungen kommen wir auf einen Gesamtwert von ca. 7,8 Mio. € zzgl. der defizitären Ergebnisse im Plan bis 2026. Das meine Damen und Herren, ist der prognostizierte Schaden, der unser Kapital belasten kann. Ohne die Verbuchung der pandemie- und kriegsbedingten Aufwendungen müsste die Ausgleichsrücklage für 2023 um ca. 2,7 Mio. € verringert werden.

Gem. dem NKF-CUIG* ergeben sich mittlerweile drei Szenarien; entweder die Ausgleichsrücklage belasten und direkt gegen das Eigenkapital buchen, einen Teil der Ausgleichsrücklage belasten und einen Teil abschreiben oder auf 50 Jahre abzuschreiben und die nachfolgenden Generationen komplett zu belasten. Wir als CDU-Fraktion sind dafür, dass die Beträge direkt ausgebucht werden, wenn es denn erforderlich wird. Eine Belastung der nachfolgenden Generationen lehnen wir ab!

Status quo und gem. den Planzahlen würde das bedeuten, dass wir inkl. der geplanten Ergebnisse ca. 63 % unserer angesparten Rücklagen verlieren würden. Ob und wie viel wir tatsächlich entnehmen müssten, lässt sich aktuell nicht abschätzen. Aufgrund der Planzahlen und in Verbindung mit den Krisen werden die Prognosen für die Zukunft schwieriger. Wir müssen in den nächsten Jahren achtsam sein und uns die zu tätigen Investitionen genau anschauen, denn auch mit unseren zur Verfügung stehenden Pauschalen (Investitionspauschale, Schul-

und Sportpauschale, Feuerwehrpauschale) weisen wir bei der Verwendung ein deutliches Defizit aus.

Uns ist vollkommen bewusst, dass die Fertigstellungstermine einen Einfluss auf die Verwendung der Pauschalen haben und dass sich die Ansätze durch Verschiebungen der Investitionen verändern können und dazu beitragen, diese bis 2025 nahezu auszugleichen. Wir sind der Meinung, dass wir über unsere Investitionen sprechen müssen und dass wir auch die Mittelverwendung bis 2025 nahezu ausgleichen sollten. Jegliche Planansätze, die über das Jahr 2025 hinausgehen belasten unsere Nachfolger im Rat der Stadt. Daher haben wir einen Antrag formuliert, der sich noch einmal im Detail mit den Ansätzen befassen soll und wir möchten gemeinsam mit Ihnen beraten, wie wir es schaffen können, ggf. die Ansätze zu reduzieren und die Investitionen bis 2025 ggf. abzuschließen, so dass die Mittelverwendung nicht über das Jahr 2025 verplant ist. Daher ist es uns auch wichtig, dass wir bei den Planungen für einen neuen Bauhof hinschauen. Und nein, das hat auch nichts mit einer fehlenden Fürsorgepflicht gar. Wertschätzung gegenüber den dort tätigen Mitarbeitern zu tun. Wir befinden uns auf hoher See inmitten eines Sturms und müssen aufpassen, dass wir nicht querschlagen und kentern.

Aktuell erleben wir einen perfekten Giftcocktail für unsere konjunkturelle Entwicklung und stehen am Rande einer Rezession. Corona, der Ukrainekrieg, die Inflation, der Fachkräftemangel und die Veränderung des Klimas stellen uns vor große Herausforderungen. Die Auswirkungen der Ereignisse spüren wir jeden Tag an der Kasse, man könnte schon fast sagen: „Und täglich grüßt der Preisanstieg!“

Der Preisanstieg, die Inflation und die damit verbundenen Unsicherheiten wirken sich auch auf unser zu entwickelndes Baugebiet aus. Denn auch im Bau merken wir eine deutliche Veränderung. Wir erleben aktuell eine Konsolidierungsphase im Immobilienmarkt. War das niedrige Zinsniveau Treiber für eine starke Nachfrage, merken wir, dass die Risiken der Krisen das Umfeld belasten und zu deutlich höheren Finanzierungskosten beitragen, so dass auch die Kreditvergabe für potenzielle Bauherren restriktiver wird.

Zusammengefasst: explodierende Materialpreise, steigende Energiepreise und steigende Finanzierungszinsen sorgen für eine zunehmende Planungsunsicherheit, so dass viele Bauherren zunächst ihre Projekte stoppen. Somit wird sich die Entwicklung im Baugebiet Buschenkamp Süd verlangsamen und dazu beitragen, dass die Erschließungskosten zunächst vorfinanziert werden.

Sie merken meine Damen und Herren, die Herausforderungen der Zukunft können wir nur gemeinsam im Dialog lösen. Daher sind wir dankbar, dass wir einen kollegialen, fairen und wertschätzenden Umgang miteinander pflegen. In Zeiten der Krise und der politischen Spaltung müssen wir zusammenstehen und miteinander für die Werte unserer Demokratie einstehen. Daher ist es uns wichtig, dass wir gemeinsam ein Zeichen für den Frieden und die Toleranz setzen. Gerne möchten wir mit Ihnen eine Friedenseiche auf dem Schulhof des Don-Bosco-Gebäudes pflanzen. Im Rahmen der klimafolgengerechten Umgestaltung sollte sich ein toller Platz inmitten unserer Kinder finden.

Liebe Frau Bürgermeisterin, liebe Frau Lammers, wir stehen zu unserer Verantwortung und tragen den Haushalt mit. Wir wissen, um die Herausforderungen der Zukunft und stehen als solider Partner zu unserer Verwaltung. Zusammen haben wir alle auf eine Anhebung der Hebesätze für unsere Steuern verzichtet, um unsere Mitbürger nicht noch zusätzlich belasten zu müssen. Unser Gebot der Stunde lautet sparen! Nur wenn wir unsere Finanzkraft erhalten, können wir uns den Herausforderungen der Zukunft stellen und entgentreten.

Wir sind der Meinung, dass Politik und Verwaltung nur gemeinsam im Konsens und Dialog unsere Stadt entwickeln können.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, wir wünschen ihnen und ihren Familien trotz der widrigen Umstände ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr, bleiben Sie gesund! – Es werden auch wieder bessere Zeiten kommen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.
